

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Thomas Gehring

Abg. Florian Streibl

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Ruth Müller

Abg. Martin Hagen

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Martin Schöffel

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Staatsministerin Michaela Kaniber

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Leben und leben lassen in Bayern statt Berliner Bevormundung und Planwirtschaft"

Für die heutige Sitzung ist die CSU-Fraktion vorschlagsberechtigt. Sie kennen das Prozedere: Grundsätzlich gibt es 5 Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. für eine Rednerin oder einen Redner 10 Minuten, wenn auf einen weiteren Redner verzichtet wird.

Beginnen wird die Debatte Thomas Kreuzer für die CSU-Fraktion. Er ist Antragsteller und hat eine Redezeit von zehn Minuten. Ihm erteile ich hiermit das Wort. – Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal einen guten Morgen! Trotz der Widrigkeiten heute haben es doch einige Abgeordnete relativ pünktlich in die Sitzung geschafft. Meine Damen und Herren, statt die drängenden Probleme zu lösen und unser Land in eine erfolgreiche Zukunft zu führen, und das in einer wirklich äußerst schwierigen Zeit, will die Ampelkoalition Deutschland zu einem anderen Land machen.

(Florian von Brunn (SPD): Machen Sie so eine Aktuelle Stunde?)

Das ist staatliche Gängelung, staatliche Planwirtschaft ohne Rücksicht auf Verluste.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte nur ein paar aktuelle Beispiele anführen: Verbrennungsmotoren sollen verboten werden mit massiven Folgen für unseren Wirtschaftsstandort Bayern als Auto-land. Seit dem 1. Februar 2023 gilt dank Rot-Grün ein Dieselfahrverbot in München, über das sich vor allem Leute "freuen", die sich nicht alle paar Jahre ein neues Auto leisten können und die Ihnen offensichtlich nicht besonders am Herzen liegen.

(Florian von Brunn (SPD): Fake News!)

Einen Neubau von Bundesfernstraßen soll es nach dem Willen der GRÜNEN nicht mehr geben, wie sich beim Streit um das Planungsbeschleunigungsgesetz gezeigt hat. Ich will erst gar nicht von den immer wiederkehrenden Forderungen nach einem generellen Tempolimit reden. Der bezahlbare Wohnraum im Winter ist nach den Plänen der Bundesregierung schon bald Glückssache: Öl- und Gasheizungen sollen ab dem nächsten Jahr faktisch verboten werden; denn damit ist das Betreiben der Heizungen zu 65 % mit erneuerbaren Energien in der Regel nicht zu erreichen. Das ist völlig realitätsfern und absolut unsozial. Bauen und Mieten wird dadurch noch teurer. Eigenheimbesitzer werden es nicht mehr schaffen, diese Belastungen insgesamt zu schultern. Aufgrund der Kürze der Einführungszeit soll mir einmal jemand erklären, selbst wenn man das wollte, wie man in so kurzer Zeit, nämlich bis zum 1. Januar 2024, genügend Hackschnitzelheizungen oder andere Heizsysteme wie etwa Wärmepumpen beschaffen soll, um damit die Gebäude auszurüsten.

(Alexander König (CSU): Eine Illusion ist das! Völlig realitätsfremd! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Liebe Freunde, daran sieht man, wie realitätsfern diese Koalition ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es gibt einen edlen Ritter, der behauptet, diese ganzen Fehlentwicklungen zu verhindern. Zurzeit ist das der FDP-Fraktionschef in Berlin, Herr Dürr. Er sagt, zum Verbot von Öl- und Gasheizungen wird es nicht kommen. – Das steht aber im Koalitionsvertrag.

(Martin Hagen (FDP): Steht es nicht!)

Das steht im Koalitionsvertrag, und es ist besprochen worden, das auch vorzulegen.

Die FDP geriert sich nach außen als Retter vor diesen Fehlentwicklungen. In Wirklichkeit ist die FDP nicht nur der Steigbügelhalter dieser Ampelkoalition, dieses Ampel-Gehampels, sondern die FDP ist sogar mit aufs Pferd aufgestiegen. Die FDP hat ermöglicht, dass diese chaotische Koalition in Berlin installiert wird. Meine Damen und Herren, die FDP ist für die Ampel verantwortlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): So ist es leider!)

Einfamilienhäuser soll es ja ohnehin besser nicht mehr geben. Stattdessen gibt es starre Obergrenzen für den Flächenverbrauch, mit denen grüner Dirigismus die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Kommunen beschneiden will. Der erste Redner im Landtag an einem Tag sagt, wir brauchen mehr Wohnraum und müssen bauen, und der letzte sagt, wir müssen die Obergrenzen des Flächenverbrauchs ganz starr einhalten. Das kommt alles aus derselben Partei. Das ist Schizophrenie. Man braucht sich nicht zu wundern, dass das Vertrauen der Menschen in die Politik und in die Parteien verloren geht.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Jeder erkennt nämlich, dass das gleichzeitig nicht möglich ist.

Der gleiche Widerspruch beim Atomstrom: Atomkraftwerke in Deutschland abschalten und verbieten und aus dem Ausland gleichzeitig jede Menge Atomstrom importieren – dies ist Politik der Ampel, liebe Freunde; dies ist schizophrene Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Grüne Doppelmoral kennt keine Grenzen. Jetzt sprechen wir über ein Werbeverbot für Schokolade, Pommes & Co. Was zu viel oder zu wenig ist, das entscheidet nicht mehr der Einzelne, das entscheiden auch nicht mehr die Eltern für ihre Kinder, sondern die Politik muss hier den Menschen sagen, was für sie gut oder schlecht ist. Zunächst be-

raten wir noch, und dann verbieten wir schon, meine Damen und Herren. Dies ist Ampel-Politik in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bürgerinnen und Bürger aber werden mit ihren Sorgen und Nöten im Stich gelassen und überfordert. Stichwort: Härtefallhilfen. Bis heute warten die Besitzer von Öl- und Pelletheizungen vergeblich auf die versprochenen Hilfen der Bundesregierung zu den Energiekosten. Die Bundesregierung ist nicht einmal in der Lage, einen Plan vorzulegen, wie die Angelegenheit umgesetzt werden soll. Dies ist doch schwaches Regierungshandeln in einer schwierigen Zeit und wird bei manchen Menschen enorme Existenzsorgen hervorrufen, weil man in Berlin nichts kann.

(Florian von Brunn (SPD): Das sagt der Richtige!)

Man hat die fähigen Regierungsbeamten entlassen

(Florian von Brunn (SPD): Sie kriegen doch überhaupt nichts hin! Das ist die schlechteste Staatsregierung, die es jemals gab!)

und weitgehend Ideologen von Greenpeace, BUND Naturschutz und anderen Organisationen in die Ministerien gesetzt, und jetzt wundert man sich, dass die Umsetzung stockt, liebe Freunde. Sie sind dafür verantwortlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Überall Vorschriften und Verbote! Nur wenn es bei Fragen der inneren Sicherheit darauf ankommen würde, soll plötzlich jeder machen können, was er will, meine Damen und Herren. In einer ganzen Stadt gab es Krawalle und chaotische Zustände in der Silvesternacht, verursacht durch eine über Jahre verfehlte Sicherheits- und Integrationspolitik zulasten der Bürgerinnen und Bürger. Gott sei Dank wurden jetzt bei der letzten Berlin-Wahl die notwendigen Konsequenzen gezogen. Hoffentlich zeigen Ihnen

die Leute im ganzen Land, was sie in diesem Staat bei der inneren Sicherheit nicht wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD):
Markus Söder wollten sie nicht als Kanzlerkandidaten!)

Schokolade ist gefährlich – aber kiffen, bis der Arzt kommt, meine Damen und Herren, die Freigabe von Cannabis ist die Zukunft.

(Florian von Brunn (SPD): Verbotspartei!)

Dies wird in der Ampel befürwortet. Das hat sie im Gegensatz zur Subventionierung und Unterstützung der Menschen bei Pellet- und Ölheizungen auch hinbekommen. Der Gesetzentwurf zur Freigabe von Cannabis ist blitzschnell vorgelegt worden; denn für weite Teile der Bevölkerung ist es wichtig, dass man hier Erfolg hat. Daran sieht man, wo Ihre Prioritäten liegen. – Meine Damen und Herren, Sie haben null Ideen bei der Migration. Man lässt die Länder und Kommunen bei der Finanzierung allein,

(Alexander König (CSU): Regelrecht absaufen!)

lässt sie absaufen, gibt aber gleichzeitig Anreize zur Einreise und holt unnötigerweise Kontingentflüchtlinge aus Ländern in Tausender-Zahlen ins Land,

(Alexander König (CSU): Unverantwortlich!)

obwohl dies insgesamt gar nicht notwendig wäre. Sie verschärfen das Problem absichtlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Es geht also wieder los damit! Das war ja zu erwarten!)

Dann soll der § 218 gestrichen, der Lebensschutz relativiert werden. Das Selbstbestimmungsgesetz bringt etwas, was man sich kaum vorstellen kann: 14-Jährige sollen

in Zukunft entscheiden können: heute Mann, morgen Frau, übermorgen divers, meine Damen und Herren. Welche gesellschaftlichen Pläne haben Sie eigentlich?

(Zuruf von der SPD: 16-Jährige sollen wählen dürfen!)

Dies ist zum Schaden von Familien und zum Schaden von Jugendlichen. Dies ist eine Katastrophe. Das ist fast unvorstellbar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN: Bodenlos!)

Auch die Eigenstaatlichkeit der Länder wird nicht geschützt: Es gibt keine angemessenen Freibeträge bei der Erbschaftsteuer, was gerade die Menschen im Süden trifft; zur Grunderwerbsteuer gibt es keine Vorschläge. Zur Krankenhausversorgung wird zunächst ein Gutachten – einfach so – vorgelegt, das Krankenhäuser gerade im ländlichen Raum in ganz Deutschland weitgehend gefährdet. Kurz gesagt: Die Subsidiarität ist insgesamt ausgehebelt.

Meine Damen und Herren, wir in Deutschland brauchen keine Verbote. Wir brauchen ein sicheres Land – dies ist Bayern. Wir brauchen ein erfolgreiches wirtschaftliches Land – dies ist Bayern. Wir brauchen ein sozial gerechtes Land – dies ist Bayern. Meine Damen und Herren, was wir nicht brauchen, sind Verbotspostel, staatliche Umerziehung und Bevormundung, erst recht nicht in Bayern. Meine Damen und Herren, deswegen wollen wir, dass Bayern Bayern bleibt – ohne Bevormundung, ohne Planwirtschaft, ohne Ampel in Bayern, ohne Regierungsbeteiligung einer Ampel-Partei. Dafür steht die CSU.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Thomas Gehring für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede meines Vorredners ist ein gutes Zeichen dafür, dass die CSU in der Rolle der Oppositionspartei auf Bundesebene angekommen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach 16 Jahren Bundesregierung nehmen Sie jetzt die Rolle der Opposition an,

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

und offensichtlich fühlen Sie sich in dieser Rolle wohl. Sie können sie gern noch länger behalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass Sie hier so reden, verstehe ich natürlich gut; denn wenn man sich Ihre Fraktion im Bundestag ansieht, muss man sagen: Das ist schon eine relativ blasse Truppe; von ihr hört man auch ziemlich wenig. Manchmal erlebt man Herrn Dobrindt bei irgendwelchen Podiumsdiskussionen. Was aber soll Andi Scheuer denn Kritisches zur Verkehrsinfrastruktur sagen? – Das wäre doch nur lächerlich. Da kommt von Ihren Leuten in Berlin einfach nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ruth Müller (SPD): Da ist schon alles gesagt!)

Sie nehmen also hier auf Landesebene diese Oppositionsrolle wahr. Ich finde es schon bezeichnend, dass der Fraktionsvorsitzende der großen Regierungsfraktion zehn Minuten spricht, sich aber zur Landespolitik in keinem Punkt mit einem Satz äußert. Das halte ich schon für bezeichnend.

(Florian von Brunn (SPD): Aus gutem Grund!)

Das zeigt deutlich, wo Sie Ihren Fokus haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Alexander König (CSU): Sie haben zum Thema auch noch nichts gesagt!)

Das passt auch sehr gut zu einem Ministerpräsidenten, der seit Monaten nicht mehr in diesem Hohen Haus ist und sich zur Landespolitik äußert.

(Alexander König (CSU): Sagen Sie doch selber einmal etwas zum Thema! Sie reden doch völlig am Thema vorbei!)

– Herr König, Geduld ist eine Fähigkeit, die ich Ihnen eigentlich zugestehen würde. Ich komme zu den Landesthemen. – Der Herr Ministerpräsident war seit Monaten nicht in diesem Haus.

(Florian von Brunn (SPD): Der sitzt wahrscheinlich beim zweiten Frühstück!)

Er tingelt durchs Land und hält eine Rede nach der anderen gegen Berlin.

(Alexander König (CSU): Verplempern Sie Ihre Zeit nicht! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie sind nicht da! – Alexander König (CSU): Und Sie erzählen Märchen!)

Er erzählt, gegen was er alles ist. Beim Aschermittwoch hat er krampfhaft danach gesucht, wogegen er alles sein kann. Er sagt, er ist gegen das Gendern. Er ist sogar gegen das Essen von Insekten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mag das auch nicht. Ist das aber ein politisches Thema, über das wir uns streiten müssen?

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Bei Ihnen ist es doch ein Thema, nicht bei uns! Schauen Sie einmal in den "Spiegel" rein!)

Es geht um die richtigen Themen in diesem Land. Über diese sprechen Sie nicht. Zum Beispiel könnten wir hier über ein Zukunftsmuseum in Nürnberg mit Vergangenheit, mit einer offensichtlich dubiosen Vergangenheit sprechen.

(Alexander König (CSU): Es gibt sogar einen Untersuchungsausschuss! Haben Sie davon schon gehört?)

Sie blockieren im Untersuchungsausschuss alle Dinge. Sie wollen bei diesem Thema keine Aufklärung. Darüber oder über ein anderes Thema hätten Sie reden können,

Herr Kreuzer. Wir müssen nicht nach Berlin zeigen. Man kann über die Berliner sagen, was man will. Ihren Flughafen haben sie aber fertig.

(Lachen bei der CSU)

Die Stammstrecke ist nicht fertig. Die Stammstrecke ist noch lange nicht fertig.

(Thomas Kreuzer (CSU): Erfolgsgeschichte! – Alexander König (CSU): Und sogar in diesem Jahrhundert! Damit war nicht unmittelbar zu rechnen!)

Die Kosten steigen ähnlich. Die Leute zeigen mit dem Finger nicht mehr auf Berlin, sie zeigen auf die bayerische Landeshauptstadt.

(Zuruf von der CSU: Wer regiert da? – Florian von Brunn (SPD): S-Bahn-Söder! S wie Söder!)

Sie zeigen mit dem Finger auf eine Bayerische Staatsregierung, die unfähig ist, die vertuscht. Die Stammstrecke ist ein typisches Beispiel

(Tobias Reiß (CSU): Sie ist ein Bahn-Projekt!)

für eine dilettantische und dilatorische Politik der bayerischen CSU-Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Deutsche Bahn, Berlin!)

Ja, natürlich muss man im Föderalismus auch über Bundespolitik sprechen. Wir müssen uns schon klarmachen: Keine Bundesregierung wurde vor solche Herausforderungen gestellt wie die jetzige Bundesregierung – mit einem Krieg in Europa, einer Energiekrise, einer dadurch verursachten Inflation und einer Situation, in der wir, insbesondere in Bayern, von russischem Gas abhängig waren.

Versetzen wir uns in die Lage vor einem halben Jahr! ich meine, so viel Erinnerungsvermögen haben Sie. Wie ist damals diskutiert worden, welche Szenarien gab es damals! Damals war Bayern mit über 50 % von russischem Gas abhängig. Heute haben wir kein russisches Gas mehr; wir haben kaum noch russisches Erdöl.

(Alexander König (CSU): Aber Strom aus Kohlekraftwerken und aus den Nachbarländern!)

Ich muss sagen: Wir sind gut; wir sind verdammt gut. Dankbarkeit ist eine Fähigkeit, die Konservativen durchaus zustehen würde. Wir sind gut, wir sind verdammt gut durch diesen Winter gekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sie fahren die Wirtschaft an die Wand mit dieser Politik!)

Die Instrumente greifen, die Strompreisbremse greift ab jetzt, aber für die neuen Verträge brauchen wir sie gar nicht mehr. Die Märkte haben sich wieder stabilisiert. Die Märkte sind auf einem normalen Niveau, die Märkte haben Vertrauen in die Bundesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt reden Sie wieder – –

(Alexander König (CSU): Es ist interessant, was Sie als normales Niveau ansehen!)

– Hören Sie doch mal zu, Herr König! Es geht Ihnen – –

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kollegen, es ist – wie vorher auch – von der anderen Seite relativ laut. Es ist immer gut, wenn man den Redner noch hören kann.

Thomas Gehring (GRÜNE): Jetzt reden Sie wieder einmal, zur besten Debattenzeit im Bayerischen Landtag, über einen Referentenentwurf aus einem Berliner Ministerium, der noch nicht mal im eigenen Ministerium abgestimmt ist. So viel zur Ihren Themen, zu Ihren landespolitischen Fokussierungen.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Wehret den Anfängen!)

Wenn man sich den Koalitionsvertrag mal anschaut, finde ich das übrigens gar nicht so schlecht, dass bei neuen Heizungen 65 % der Energie regenerativ sein müssen. Das ist doch vernünftig und durchaus sinnvoll. Übrigens geht die Entwicklung doch in diese Richtung. Neue Ölheizungen werden kaum noch installiert. Weniger als 1 % der neuen Heizungen sind heute Ölheizungen. Auch bei den Gasheizungen haben wir eine entsprechende Entwicklung.

(Tobias Reiß (CSU): Lasst doch die Leute machen! – Alexander König (CSU): Verbotspartei! – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

– Horchen Sie doch zu! 2012 waren noch 48 % aller neuen Heizungen Gasheizungen. Heute sind es weniger als 20 %, und 50 % aller Heizungen sind Wärmepumpen. Es ist doch klar, wohin die Reise geht. Die Bürgerinnen und Bürger sind weiter als Sie von der CSU-Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Die besserwissenden Politologen in Berlin!)

Aber auch in Ihrer zweiten parlamentarischen Initiative heute Nachmittag, in Ihrem Dringlichkeitsantrag, geht es wieder um Berlin. Auch die ist auf Berlin fixiert. Da geht es um die Ganztagschulen. Aber das ist ein Landesthema. Bildungspolitik ist ein Landesthema, und die Bürgermeister fragen: Was ist los? Wie sollen wir bauen? Wie sollen wir unsere Schulen umbauen, welchen Platzbedarf haben die, wie wird das finanziert? Die Antworten der Staatsregierung zu diesem Thema sind dürftig. Das wären die Aufgaben, bei denen Sie was tun müssen, und davon reden Sie hier kein Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sie haben kein Wort zum Thema gesagt!)

Wenn Sie zum Thema Bürokratie reden, würde ich sagen: Fangen Sie mal im Kultusministerium an. Kürzlich kam wieder ein 79-seitiges Schreiben an die Schulen zum

Einsatz von schwangeren Lehrerinnen. 79 Seiten! Da wäre etwas, um Bürokratie abzubauen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Da muss ich Ihnen mal recht geben!)

Herr Kreuzer, Sie waren mal Staatssekretär im Kultusministerium mit dem Auftrag, dort eine Verwaltungsreform hinzubekommen. Sie haben es nicht gemacht. Sie waren bald wieder woanders. Nichts passiert. Diesen Moloch haben wir weiterhin. Die Verwaltung, die wir dort haben, behindert die Qualität an den Schulen, anstatt sie zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Jetzt haben Sie einen Schwachpunkt getroffen! Das gebe ich zu!)

Wir reden von der Digitalisierung. Gestern feiern Sie, dass Sie eine Milliarde Euro Digitalisierungsmittel vom Bund bekommen. Also, da müssen wir schon den Bund dafür feiern, dass er uns eine Milliarde zur Verfügung stellt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Wie viel zahlen denn wir? – Alexander König (CSU): Die Steuerzahler in Bayern! – Tobias Reiß (CSU): Nummer eins sind wir da im Bund!)

Aber bei der Digitalisierung ist in Bayern noch vieles im Argen. Wir haben nach wie vor Probleme beim Ausbau der Glasfaser, bei der Ausstattung mit den Geräten in den Schulen, in den Behörden, und von den Funklöchern in Bayern ganz zu schweigen. Man muss bloß mal in Bayern unterwegs sein, dann weiß man, was da ist. Also, wo sind da Ihre Pläne, zum Beispiel für die CO₂-Reduzierung im Verkehr?

(Alexander König (CSU): Sagen Sie doch mal was zur Verbotspartei der GRÜNEN!)

Da geht es gar nicht um Verbote, aber Sie bringen ja auch ohne Verbote nichts auf die Reihe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo ist die Förderung des ÖPNV im ländlichen Raum? Die Kommunen haben Konzepte. Jetzt brauchen sie Geld und Unterstützung vom Freistaat. Wo ist da was?

(Alexander König (CSU): Kommen Sie mal auf das Land zu uns! Da zeige ich Ihnen, wie das funktioniert!)

– Ich zeige es Ihnen auch, wenn Sie in das Oberallgäu kommen. Aber die sieben Millionen brauchen wir jetzt vom Freistaat. Darum geht es nämlich.

Das Zweite ist die Elektrifizierung der Bahn. Andere Bundesländer gehen da vor und machen etwas. Bayern tut nichts. Da könnten Sie etwas tun.

(Alexander König (CSU): Lesen Sie das Grundgesetz! Dann sehen Sie, wie die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Land ist!)

Wo ist die Schulwegkostenfreiheit, wo ist das 29-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler? – Und, und, und. Es gibt eine ganze Reihe von Themen, bei denen Sie etwas tun könnten, aber nichts tun. Ich finde, das Schlimme ist: Sie reden hier in diesem Haus nicht mal darüber; aber das wäre natürlich auch nicht so gemütlich, wie Oppositionspolitik gegenüber Berlin zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt viele Themen, und da Sie beim Thema Energiewende, Wärmewende und Klimaschutz – wie man auch an der heutigen Debatte sieht – den größten Nachholbedarf haben, wird Ihnen nachher unser Kollege Martin Stümpfig dazu noch einiges erläutern.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Um Gottes willen!
Die verfehlte Energiepolitik der GRÜNEN, die Kohlepolitik der GRÜNEN!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Florian Streibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor etwa über drei Jahren sprachen wir noch davon, dass die goldenen Zwanziger beginnen mögen. Was aber dann kam, war die Apokalypse pur.

(Florian von Brunn (SPD): Oh!)

Denn neue apokalyptische Reiter sind über uns hergefallen: Pandemie, Krieg, Inflation und dann der schlimmste von ihnen,

(Florian von Brunn (SPD): Hat der Starkbieranstich schon stattgefunden?)

auf seinem fahlen Ross mit drei Köpfen: die Ampelkoalition in Berlin!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei GRÜNEN, SPD und FDP
– Alexander König (CSU): Das ist ja die Einstimmung auf das Singspiel!)

Meine Damen und Herren, spätestens seitdem wissen wir, wenn wir nach Berlin schauen: Die Zeitenwende ist wahrlich angebrochen, aber leider nicht zum Guten.

(Martin Hagen (FDP): Herr Streibl, schämen Sie sich! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, es steht zwar nicht die Frage, "Freiheit oder Sozialismus" im Raum, aber um unsere Freiheitsrechte hier in Bayern geht es auf jeden Fall.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Schämen Sie sich! – Florian von Brunn (SPD): Ich mache mir Sorgen um Sie, Herr Streibl! – Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Streibl, ich unterbreche Sie nur ungern, aber ich verstehe Sie schon fast nicht mehr, weil es so laut ist. Darum bitte ich noch einmal alle Seiten, etwas ruhiger zu sein, damit man den Redner verstehen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Wer schreit denn? Ich habe ja schon fast einen Hörsturz bekommen!)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Es ist gut. Die, die mich verstehen wollen, verstehen mich schon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, es geht wieder darum, wie wir leben wollen, in einer offenen, freien und pluralen Welt, in einem Bayern nach dem Motto "Leben und leben lassen!", in dem jeder nach seiner Fassung glücklich werden kann und wir unseres Glückes Herd bauen können. Meine Damen und Herren, dazu brauchen wir keinen Umerziehungskurs à la Habeck.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch keine Gesellschaft, in der jeder zum gegenderten VeganerIn genötigt werden soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie wollen Böllern, Skifahren, Bier, Ölheizungen, Gasheizungen und sogar Gummibärchen verbieten. Aber das Kiffen wollen Sie erlauben. Meine Damen und Herren, ja wo sind wir denn?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo! – Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Da stelle ich mir schon die Frage: Anscheinend weiß die Ampel in Berlin schon, wie schlimm ihre Regierungsarbeit ist, wenn man die Bevölkerung mit Drogen ruhigstellen muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Alexander König (CSU): Ich bin noch gar nicht darauf gekommen, dass das der Grund dafür ist! – Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine Damen und Herren, wir leben nicht mehr in dem Ponyhof, den sich mancher GRÜNE gerne schnitzen möchte. Wir leben in einer Realität, die uns eingeholt hat, wir leben in einer Welt, die ihre Herausforderungen hat, und ich bin da froh, dass wir hier in Bayern eine Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN haben, die die Wirklichkeit realistisch sieht und die hier das epochale Gegengewicht zur Ampel in Berlin ist, meine Damen und Herren. So schaut es aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Lachen bei der SPD)

Als solches sind wir hier natürlich herausgefordert, und da danke ich der CSU für die heutige Aktuelle Stunde, damit man das hier auch wirklich mal sagen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das "F" in FREIE WÄHLER steht für Fliegengewicht!)

Meine Damen und Herren, wir als Bayernkoalition haben uns in der Pandemie bewährt. Wir haben unseren Koalitionsvertrag mustergültig auch in schwierigsten Zeiten abgearbeitet. Meine Damen und Herren, wir haben eine Energiewende auf den Weg gebracht, die sich sehen lassen kann – im Gegensatz zu Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir schauen auf unsere Werte in unserer Heimat, auf unser kulturelles Erbe. Wir verkaufen das nicht so wie die Ampelmännchen dort oben in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine Damen und Herren, was gerade in Berlin abläuft, das ist ein neosozialistisches Experiment.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dieses Experiment ist in Deutschland schon einmal gescheitert. Das müssen wir nicht wiederholen. Wir stehen für ein freies, liberales und offenes Bayern. "Liberal" bedeutet aber nicht FDP; denn die macht in Berlin den gleichen Unsinn wie die anderen zwei Parteien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir stehen für ein modernes und demokratisches Bayern und für eine Gesellschaft, in der jeder so reden kann, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, auch hier. Jeder soll sein Glück so schmieden, wie er das möchte. Das ist ein liberales, ein offenes Bayern, das uns Spaß macht.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür stehen Sie ja gerade nicht!)

Dafür steht die Bayernkoalition ein. Wir verteidigen dieses Modell, auch gegenüber Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe CSU, ich weiß, es ist schon Wahlkampf, aber geht es auch etwas weniger melodramatisch? Ich gebe Ihnen recht, dass die Gefahr einer Planwirtschaft besteht. Um bei der Wahrheit zu bleiben: Genau genommen haben Sie heute uns recht gegeben. Ich kann die Gelegenheiten nicht mehr zählen, bei denen die AfD-Fraktion vor einer Entwicklung zur Planwirtschaft gewarnt hat. Genauso wenig kann ich zählen, wie oft Sie, werte CSU, sich darüber lustig gemacht haben. Sie haben alle Bedenken beiseitegewischt oder unsere Warnungen als "rechte Hetze" und "Panikmache" abgetan. Was dachten denn Sie über die Agenda der Links-Grünen? Haben Sie geglaubt, dass deren Wahlprogramm nur heiße Luft sei, so wie Ihres?

(Petra Guttenberger (CSU): Wir haben sie nicht gewählt!)

Haben Sie geglaubt, dass es nicht so schlimm kommen werde oder dass die nur bluffen? Haben Sie geglaubt, die könnten nicht so dumm sein, die Kernenergie wirklich abzuschalten, die Autoindustrie zu zerstören oder die Grenzen einfach für alle und jeden zu öffnen? Sehen Sie jetzt wenigstens klar? Wir warnen seit nunmehr einem Jahrzehnt davor, dass genau das alles geschehen wird; und es geschieht gerade. Dabei muss uns doch klar sein: Das ist erst der Anfang.

An dieser Stelle möchte ich festhalten: Ja, die Ampel ist die schlechteste Bundesregierung, die wir je hatten! Aber zur Wahrheit gehört auch: Es gibt kaum Unterschiede zu 16 Jahren Merkel-Regierung: grenzenlose Migration, schwindende Energiesicherheit, Verschuldung, Inflation, Einschränkung der Meinungsfreiheit, Niedergang des Gesundheitswesens und der krankhafte Klimawahn. All das wurde mit CSU-Beteiligung unter der Regierung Merkel vorangetrieben.

(Beifall bei der AfD)

Und nun stellen Sie sich hierher und waschen Ihre Hände in Unschuld. Wer soll Ihnen das denn bitte abkaufen? Ich denke aber, für so manches hat sogar der CSU die Fantasie gefehlt. So etwas können sich nur waschechte Sozialisten ausdenken. Da kom-

men dann die verehrten Damen und Herren und Diversen von GRÜNEN und SPD ins Spiel. Ich nenne zum Beispiel das Werbeverbot für Süßigkeiten, das kommende Verbot von Gas- und Ölheizungen, das kommende Verbot von Autos mit Verbrennermotor und die Einführung von Insekten als menschlicher Nahrung.

Im Namen des Klimaschutzes ist dieser Tage leider alles möglich. Wer daran Kritik äußert, der wird von der Propagandaabteilung der Regierung, also von den Öffentlich-Rechtlichen – Grüß Gott! – gecancelled. Bestrafe einen, erziehe Hunderte. – Dabei hätten Sie das verhindern können, werte CSU. Sie hätten doch die Wahl gewinnen können. Olaf Scholz konnte nur Kanzler werden, weil "König Markus" – ja, wo ist er denn? – unbedingt Kaiser in Berlin werden wollte und deshalb bei jeder Gelegenheit gegen Armin Laschet austeilte. Jene CSUler unter Ihnen, die noch selbstständig denken können, wissen, dass sie bei der nächsten Bundestagswahl erneut als Steigbügelhalter für Herrn Söders Kanzleramtsträume erhalten müssen.

Gestehen Sie es sich endlich ein: Dieser Mann hat die CSU für sein persönliches Fortkommen vollständig ihrer Werte beraubt, und Sie alle hier haben dazu brav den Grüßaugust gemimt.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Da hat man Ihnen aber einen ziemlichen Blödsinn aufgeschrieben!)

Ich wünschte mir aufrichtig, dass diese Debatte hier und heute nicht nur ein Theater wäre. Ich wünschte mir, dass Sie sich wieder auf Ihre konservativen Wurzeln besinnen und dafür auch eintreten.

(Florian von Brunn (SPD): Ich würde mir wünschen, dass Sie aus den deutschen Parlamenten verschwinden!)

Bayern und Deutschland brauchen jeden Einzelnen, der noch einen Rest Vaterlands- und Freiheitsliebe in sich trägt, um gemeinsam die Krankheit zu bekämpfen, die unser Land befallen hat, nämlich den erneut wuchernden Sozialismus, der diesmal im grü-

nen Gewand zu uns kommt. Wachen Sie bitte endlich auf, auch in Ihrem Handeln; denn sonst wird es bald zu spät sein.

Ich mache mir aber relativ wenig vor: Die CSU hatte ihre Chance zur Rückbesinnung auf ihre Wurzeln. Spätestens mit Markus Söder – ja, ist er denn immer noch nicht da? – ist diese Partei ein Teil des links-grünen Kartells geworden. Und heute gibt es in Bayern so wie im übrigen Deutschland nur noch eine einzige konservative Kraft, und das sind wir, das ist die Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Titel der Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich mir gedacht: Jetzt wird es hinten höher als vorne. Dieses Haus mit Bierzeltreden zu befassen, wie wir sie jetzt mehrfach gehört haben, ist eine Beleidigung des bayerischen Parlamentarismus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Unsinn!)

Das ist ein echter Tiefpunkt und der Situation, in der wir uns befinden, nicht angemessen.

(Alexander König (CSU): Die Wahrheit ist schmerzhaft, das ist es!)

"Empörung ist kein konstruktives Instrument der Demokratie", das hat Frau Landtagspräsidentin Ilse Aigner gestern Abend gesagt. Sie hat recht! Aber für Herrn Kreuzer und Herrn Streibl kam diese Aussage zu spät.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie könnten sich ein Beispiel daran nehmen, was unsere Bundesregierung und unser Bundeskanzler Olaf Scholz in den letzten 14 Monaten auf den Weg gebracht haben: von der Unterstützung der Alleinerziehenden über die Erhöhung des Mindestlohns bis hin zu einer fundierten außenpolitischen Strategie mit ruhiger Hand seit Beginn des russischen Angriffskriegs.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Mit sehr ruhiger Hand!)

Der Umgang unseres Kanzlers mit der Zeitenwende seit Kriegsbeginn verdient und erhält auch weltweit größten Respekt.

(Beifall bei der SPD)

Und da geben Sie die Parole aus: Leben und leben lassen! – Schämen würde ich mich! "Leben und leben lassen" ist auch die Parole derer, die lieber meckern und die Ampel arbeiten lassen, statt selbst anzupacken. "Leben und leben lassen" bedeutet nicht, dass man Andrea Tandler 48 Millionen Euro an Provisionen zuschustern muss. Solche Leute leben auch so schon gut genug!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich stelle mir die Frage: Wo werden Sie denn bevormundet? Wo werden Sie denn verplant? Was dürfen Sie denn nicht mehr sagen und was dürfen Sie nicht mehr essen? – Ich sage es Ihnen: Nichts davon trifft zu! Sie leiden an Verfolgungswahn und wollen die Menschen mit Ihrem Quatsch davon abhalten, nachzudenken und darüber zu reden, was in Bayern besser laufen könnte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen, dass in Bayern vieles gut läuft. Aber das ist nur deshalb der Fall, weil es Menschen gibt, die mehr tun, als sie müssen, weil es Ehrenamtliche gibt, die dafür sorgen, dass die Tafeln funktionieren, auch wenn die finanzielle Unterstützung des Freistaats zu wünschen übrig lässt, dass der Frauennotruf in Frauenhäusern besetzt

ist und Integration gelebt wird und nicht nur eine abstrakte Idee bleibt. Hospizbegleiterinnen haben bei uns Zeit für Menschen an ihrem Lebensende. Das ist es, was unser Bayern ausmacht!

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen kein engstirniges "Mia san mia", sondern ein weltoffenes, helfendes und buntes Bayern in einer friedlichen Welt.

Welche Planwirtschaft prangern Sie eigentlich an? – Wissen Sie, manchmal ist es gar nicht verkehrt, wenn man einen Plan hat.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wenn man einen hätte in Berlin! Sie haben doch in zentralen Fragen überhaupt keinen Plan!)

Sie hatten übrigens auch mal einen, den Bayernplan im Jahr 2017. Aber damals gab es in Bayern auch noch einen anderen Ministerpräsidenten. Meine Oma hat immer gesagt: Wer schreit, hat unrecht! Und meine Oma hat oft recht gehabt.

(Beifall bei der SPD)

Was wir jetzt erleben, ist eine große Planlosigkeit und vor allem Ratlosigkeit bei den Regierungsfractionen, und ich übernehme jetzt den Teil, für den wir hier zuständig sind. Ich spreche über Bayern, über ein Bayern, in dem es selbstverständlich ist, dass die Schule nicht ausfällt, sondern stattfindet, in dem eine Wohnungsbaugesellschaft auch Wohnungen baut, erneuerbare Energien ausgebaut statt verhindert werden, Lehrerinnen und Lehrer im Sommer nicht ausgestellt werden; über ein Bayern, in dem in einem Zwischenzeugnis nicht steht, dass das Fach Geschichte personalbedingt nicht unterrichtet werden konnte, die Oma den Arzt auch erreicht, ohne dass sich der Schwiegersohn einen Tag Urlaub nehmen muss, sich junge Familien den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können, in dem in den Kommunen Freibäder saniert und erhalten werden, damit Kinder schwimmen lernen, es Weiterbildungsurlaub gibt – den gibt es nämlich in 14 anderen Bundesländern –; über ein Bayern, in dem öffentli-

che Aufträge durch ein Vergabegesetz geregelt werden, in dem wir als Opposition, wie es seit 7 Jahren ist, nicht dafür kämpfen müssen, dass die Empfehlungen des Gutachters für mehr Frauenhausplätze endlich umgesetzt werden, es keine Kommunalparlamente mehr gibt, in denen keine einzige Frau vertreten ist, Jugendliche im Freiwilligendienst endlich auch freie Fahrt bekommen, die Kultur so gefördert wird, dass Künstler nicht jahrelang in einem Zelt spielen müssen wie in Landshut, es endlich ein anständiges Gehörlosengeld gibt und junge Menschen ernst genommen werden mit ihren Sorgen, wie es mit unserem Planeten weitergeht. So stellen wir uns Bayern vor. So geht soziale Politik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Angesichts dieser vielen Baustellen – da habe ich noch gar nicht über das Desaster mit der zweiten Stammstrecke gesprochen – wollen Sie über Berlin reden statt darüber, was Sie versprochen und nicht gehalten haben. Nutzen Sie lieber die Zeit, unser Bayern voranzubringen; denn die Menschen in unserem Land verdienen es, dass wir uns um ihre Interessen kümmern. Das hat auch etwas mit Respekt zu tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb sage ich Ihnen zum Schluss: Als evangelische Christin weiß ich, was der Aschermittwoch bedeutet: Tue Buße und kehre um! – Das würde ich Ihnen auch empfehlen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die FDP-Fraktion der Kollege Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN, ich kann ja verstehen, dass Sie Interesse daran haben, von der Landespolitik abzulenken. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn ich in Bayern eine solche Bilanz hätte –

(Zurufe der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Stichwort Wohnungsbau, Stichwort Energie, Stichwort Infrastruktur, Stichwort zweite Stammstrecke oder Stichwort Lehrermangel –, würde ich das auch versuchen. Ich verstehe das. Aber die Art und Weise, wie Sie das heute gemacht haben, macht schon wirklich betroffen.

Herr Kollege Streibl, ich schätze Sie an sich wirklich als fraktionsvorsitzenden Kollegen. Aber was Sie hier heute geliefert haben! Sie sprachen von den apokalyptischen Reitern, die in diesem Jahrzehnt unser Land heimgesucht hätten. Sie zählten die Katastrophen auf, die in diesen Jahren hier über uns hereingebrochen sind, und sagten dann, am schlimmsten sei aber die Ampel-Regierung. Ist das angesichts einer Pandemie, die Millionen Menschenleben weltweit gekostet hat, und eines Krieges in Europa wirklich Ihr Ernst? Ist das Ihr Ernst? So eine Entgleisung hätte ich von da drüben erwartet, aber nicht von Ihnen. Sie sollten sich wirklich schämen!

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Kreuzer, von der angeblichen Bevormundung durch Berlin zu sprechen und in Bayern von "Leben und leben lassen" und dann ausgerechnet die Beispiele Cannabis und Selbstbestimmungsgesetz aufzuzählen – also Cannabis, wo Sie sich hartnäckig an ein Verbot klammern, das die Ampel aufheben möchte, und das Selbstbestimmungsgesetz, das ja der Inbegriff von "Leben und leben lassen" ist, und zwar für eine Gruppe, die es im Leben wirklich schon schwer genug hat –, das ist ein Witz.

Herr Kreuzer, es mag hier Lacher im Parlament auslösen, wenn Sie darüber sprechen, dass Minderjährige jetzt ihre Geschlechter hin- und herwechseln dürfen, Männlein, Weiblein, divers. Wissen Sie was? – Unterhalten Sie sich doch mal mit Betroffenen! Ich war diese Woche in einer Schule in Kirchseeon und habe mit einem jungen Schüler, einer transidenten Person gesprochen, die mich gefragt hat, wann denn endlich das Selbstbestimmungsgesetz in Kraft tritt, damit ihr Personeneintrag im Personalaus-

weis auch mit ihrem tatsächlichen Geschlecht übereinstimmt. Mit solchen Leuten sollten Sie sich unterhalten; dann würden Sie hier keine Kalauer mehr auf deren Kosten machen. Das ist wirklich schäbig.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Dann führen Sie hier das Verbrennerverbot an, ein Verbot, das Ihr Parteichef 2007 gefordert hat, und zwar bis 2020. 2020 hat er dann gesagt, es solle bis 2035 kommen. Jetzt hat er sich plötzlich anders entschieden und lehnt dieses Verbot ab – ein Verbot, das übrigens von der CDU-Kommissionspräsidentin der EU vorangetrieben wird. Ich sage Ihnen was: Das Verbrennerverbot wird in dieser Form nicht kommen. Wir brauchen Ausnahmen für synthetische Kraftstoffe. Aber das setzt die FDP durch. Die FDP sorgt dafür, was Ihnen in Ihren 16 Jahren in der Bundesregierung nicht gelungen ist, dass wir hier ein Veto einlegen. Es wird kein Verbrennerverbot ohne Ausnahmen für E-Fuels geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Das Gleiche gilt natürlich auch für Heizungen. Die Bundesregierung steht zum Ziel der Klimaneutralität, aber wir setzen auf Technologieoffenheit, weil das vernünftig ist.

Wenn Sie von der CSU von "Leben und leben lassen" reden,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

dann erinnere ich daran, was Sie in den letzten drei Jahren hier in Bayern gemacht haben. Sie haben dafür gesorgt, dass es in Bayern verboten war, alleine auf einer Parkbank ein Buch zu lesen. Sie haben dafür gesorgt, dass Menschen ohne triftigen Grund ihre Wohnung nicht verlassen dürfen. "Leben und leben lassen" aus Ihrem Mund, das ist ein Witz, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

Kümmern wir uns doch bitte mal um die echten Probleme im Land und hören auf mit diesen Kalauern über Insektenessen und angebliche Gendergebote, was ja alles überhaupt nicht so ist.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Doch, ist so!)

Kümmern wir uns doch mal um die Probleme im Land! Die Bundesregierung führt unser Land gerade durch eine der schwersten Krisen bundesrepublikanischer Geschichte und gleichzeitig muss sie die energiepolitischen, verteidigungspolitischen, sicherheitspolitischen, außenpolitischen Fehler von Ihnen, von 16 Jahren Merkel-Regierung aufräumen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Die Bundesregierung macht unser Land zukunftsfähig:

(Alexander König (CSU): Das glaubt sie doch selber nicht!)

Planungsbeschleunigung, Digitalisierung, Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild, Ratifizierung von CETA, Abbau der kalten Progression, Flüssiggasterminals in Rekordzeit. Die Bundesregierung packt die Probleme an, und Sie machen hier Wahlkampfklamauk. Kümmern Sie sich mal um Bayern, kümmern Sie sich um die Probleme im Land! Wir haben am 8. Oktober eine Landtagswahl. Da geht es um Bayern, und da werden Sie mit diesem Kasperltheater hier nicht bestehen. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD – Alexander König (CSU):
Hauptsache, Sie bestehen!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, der Kollege Hagen kann jetzt etwas durchschnaufen und kommt wieder ganz in Ruhe an und wir können die Dinge noch mal in Ruhe diskutieren.

Wenn wir uns Bayerns Wirtschaft anschauen, stellen wir fest: Wir sind so ziemlich die Stärksten in ganz Europa. Das ist dem Fleiß der Unternehmerinnen und Unternehmer zu verdanken.

(Florian von Brunn (SPD): Die Arbeitnehmer kommen bei Ihnen nicht vor, oder?)

– Reden Sie mal kurz mit Ihrer Kollegin. Die hat gerade etwas mit der Empörung usw. gesagt. Herr von Brunn, vielleicht könnten Sie sich mit Ihrer Kollegin unterhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ja, gut, Sie sind in einem Dauererregungszustand. Das weiß ich schon, Herr von Brunn. Das ist mir völlig klar.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir Herrn Gehring ernst nehmen, der ja vorhin gesagt hat, dass viele auf die Regierung vertrauen würden, vermute ich, dass er die Bayerische Staatsregierung meint; denn in der Wirtschaft habe ich noch keinen einzigen Unternehmer erlebt, der in irgendeiner Form ein Vertrauen in die Bundesregierung hätte. Insofern ist es genau richtig, dass wir an der Stelle schauen, was die Wirtschaft braucht, was die Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen und was die Aufgabe ist, damit auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zufrieden sind.

In den letzten Jahren hat die Wirtschaft sehr gelitten. Wir müssen es uns einfach anschauen: die ganze Zeit der Corona-Pandemie, Lieferkettenproblematik, Inflation, Ukraine-Krieg.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Jetzt setzt Berlin all dem die Krone auf mit Ihrer ideologiegetriebenen Wirtschaftspolitik, mit Überregulierungszwang und auch einer Verbotsgeilheit, die wir an der Stelle haben. Ich werde auch Beispiele bringen. Berlin hätte die Möglichkeit, die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger bei der Energiefrage um 12 % des Preises zu entlasten. 12 %! Sie müssten einfach vorübergehend die Atomkraftwerke weiterlaufen lassen. Es sind 12 %. Und was machen Sie?

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Oh! – Ulrich Singer (AfD): Das wollten Sie doch selber nicht!)

Sie diskutieren an der Stelle nur, was Sie sonst noch verhindern können. Aber was Sie nicht machen – – Ich zitiere die Kollegin Franke, die am 25. Januar hier im Plenum erklärt hat, dass der Atomstrom als stetiger Grundstrom die Netze verstopfen würde. Ja, wenn man so eine Grundannahme hat und meint, dass das die Wahrheit ist, dann wird es halt auch nicht mehr.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie gehen über die Bürgerinnen und Bürger hinweg. Sie kommen Ihrer Pflicht nicht nach. Genau deswegen würde ich mir sehr wünschen, dass Sie es in Berlin schaffen, dass die Verantwortlichen endlich mal so weit kommen, dass sie nicht nur bei der Atomstromfrage so konsequent sind, sondern auch bei den erneuerbaren Energien entsprechend fördern; denn auch bei Wasserkraft, Bioenergie und Geothermie wird so viel von Berlin verhindert. Kümmern Sie sich doch erstens wenigstens um die erneuerbaren Energien, wenn Sie das andere schon nicht hinkriegen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNEN))

Zweitens. Der Verbrennermotor: Neuzulassungen von Verbrennermotoren sollen ab dem Jahr 2035 verboten sein. Das schadet der Wirtschaft. Das schadet den Bürgerinnen und Bürgern im ländlichen Raum; denn die werden ihre Mobilität nicht so schnell

umstellen können. Man merkt auch hier: Ideologie und Verbote statt Investitionen und Technologieoffenheit.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Drittens das geplante Verbot von Öl- und Gasheizungen. Herr Gehring hat vorhin ausgeführt, wie viele sich dann neu einstellen. Um diese Leute geht es aber gar nicht. Es geht auch um diejenigen, die bereits diese Heizungen haben und die das Problem haben, diese nach dreißig Jahren ausbauen zu sollen. Das betrifft im Übrigen viele Bürger, sieben von zehn, also 71 % der deutschen Haushalte heizen derzeit mit Gas oder Öl. Es ist völlig unsinnig, dass die nach dreißig Jahren die Heizung, die gut weiterläuft, ausbauen sollen. Das ist ökologisch unsinnig, und das ist wirtschaftlich unsinnig. Aber das scheint Ihnen einfach wurscht zu sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Tim Pargent (GRÜNE): Wie wollen Sie denn dann die Klimaziele erreichen?)

Viertens. Das völlige Versagen der Ampel bei steuerlichen und bürokratischen Entlastungen: Wenn man all die Probleme, über die wir uns wahrscheinlich einig sind, in Berlin ernst nehmen würde, dann würde man jetzt ein umfassendes Unterstützungspaket schnüren, und zwar in den Fragen der Unternehmensteuerreform, der Begrenzung der Sozialabgaben und wirkungsvoller Bürokratieentlastung. Diese Fragen sind heute wichtiger denn je. Aber was macht Berlin? – Totalausfall, einfach Totalausfall. Es werden eher noch Pflichten diskutiert, wie Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, mit denen noch zusätzlich Belastungen obendrauf gepackt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Deswegen kann ich nur an die Ampel-Parteien hier im Bayerischen Landtag appellieren: Schaffen Sie es endlich, dass Sie Ihre Berliner Kolleginnen und Kollegen auf die Spur bringen; denn die Berliner Ampelkoalition mit insbesondere Robert Habeck wird

zum Wirtschaftsrisiko und zum Versorgungsrisiko in der Energiefrage in ganz Deutschland. Gefährden Sie unser Land nicht! Hören Sie auf mit diesem Unsinn!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE) – Alexander König (CSU): Das ist ein Ampel-Ausfall!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns hier in diesem Haus von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN schon einiges anhören müssen. Was wir aber heute von Ihnen geboten bekommen haben, stellt alles in den Schatten. Das ist wirklich unterirdisch gewesen, was Sie, Herr Kreuzer, und Sie, Herr Streibl, hier heute geboten haben. Darüber kann man wirklich nur noch den Kopf schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anscheinend geht es Ihnen wie der Partei, die hier ganz rechts außen sitzt, nur noch darum, Unruhe zu stiften und Panik zu verbreiten. Sie sind hier in Bayern aber in der Regierung. Ich sage es ganz klar: Verhalten Sie sich endlich auch so! Hören Sie endlich mit dieser unsäglichen Panikmache auf!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Sie kennen in Ihren Reden überhaupt keine Schranken mehr. Wir haben jetzt einen Aschermittwoch hier im Plenum. Sie, Herr Streibl – Sie können sich Ihr Lachen schon verkneifen –, sind sich nicht zu schade, die Millionen Opfer der Pandemie und die Tausende Opfer der Kriege hier für ein Ampel-Bashing gegen die Ampel-Regierung in Berlin zu instrumentalisieren. Was soll das?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Dazu muss ich wirklich sagen: Das ist mehr als abstoßend. Sie schaffen es, dass die politische Kultur hier in Bayern wirklich ganz am Boden ist. Das ist wirklich unmöglich, dass wir das hier im Plenum erleben müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Was hat die Ampel-Regierung geschafft? – Es ist Frühlingsbeginn, und die Gasspeicher haben einen Füllstand von 70 %. Wenn Sie in Berlin an der Regierung wären, wären die Gasspeicher leer oder vielleicht gerade einmal voll mit heißer Luft. Das wäre alles, was Sie erreicht hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FDP)

Es gibt kein Bundesland, das so am Tropf der fossilen Energien hängt, das so viel Gas und Öl braucht wie Bayern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien stagniert, und bei der Wärme gibt es keine Fortschritte. Sie blockieren. Sie blockieren immer noch die Leitungen. Ewig lange blockieren Sie die Leitungen. Sie blockieren die Windkraft.

Herr Kreuzer, wie schizophren ist denn das, dass Sie einerseits vor wenigen Wochen ein Klimagesetz verabschiedet haben – Stichwort: Klimaneutralität 2040 – und andererseits hier und heute Nachmittag sagen, Öl- und Gasheizungen forever, die sollen ewig laufen? Wie schizophren ist denn diese Haltung, Herr Kreuzer?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung hat es tatsächlich geschafft, bis vor Kurzem noch Öl- und Gasheizungen zu fördern. Wenn Robert Habeck und die Ampel-Regierung es nicht erreicht hätten, dass wir die Gasimporte aus Russland auf null bringen, wären Herr Aiwanger und Herr Söder noch heute die besten Gasverkäufer Putins.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Walter Nussel (CSU) – Tobias Reiß (CSU): Manuela Schwesig!)

Ich darf jetzt die Haushaltsdebatte dieser Woche aufgreifen und darauf hinweisen, wogegen Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN alles gestimmt haben: Sie sind gegen mehr erschwingliche Wohnungen, gegen mehr Mittel für die Kommunen, gegen gleiche Bezahlung der Lehrkräfte, gegen den Wassercent, gegen einen Trinkwasserschutz. Walter Nussel hat in der letzten Minute bei den LEP-Verhandlungen massive Änderungen hineinverhandelt, dass der Trinkwasserschutz unterlaufen wird.

(Petra Guttenberger (CSU): Blödsinn!)

Dazu kommt unser Dringlichkeitsantrag heute Nachmittag. Sie sind gegen Photovoltaikanlagen auf Dächern. Sie sind gegen Geothermie. Sie sind sogar dagegen, zu diesen Themen einen Gipfel einzuberufen. Sie sind mittlerweile eine komplette Neinsager-Partei geworden. Wenn Sie gegen Gehörlosengeld und gegen gesundes Essen für unsere Kindergartenkinder und Schulkinder sind, dann muss ich Sie fragen: Was ist das für eine Politik?

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Sie treten die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde mit Füßen und schauen nur noch auf den nächsten Wahltermin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich abschließend noch das Beispiel Überregulierung und verkorkste Pläne der Staatsregierung nennen: Es gibt jetzt den Windkraftausbau. Die Bundesregierung hat es jetzt endlich geschafft, den Arten- und den Klimaschutz im neuen Bundesnaturschutzgesetz miteinander zu vereinbaren. Die Länder müssen die Kartierungen umsetzen. Thorsten Glauber, der Umweltminister, ist jetzt leider nicht mehr hier. Aber was Bayern veranlasst hat, ist nur Überregulierung. Das sind verkorkste Pläne. Eine Bestandserfassung könnte man mit viel weniger Mitteln erreichen. Sie legen fixe

Zeiten fest. Sie legen fest, dass große Hebebühnen errichtet werden müssen sowie eine Synchronbeobachtung gemacht werden muss. Sie legen fest, dass man bestimmte Vogelarten noch im Januar kartieren muss, obwohl das UMS erst Ende Januar erschienen ist. Das ist alles reine Planwirtschaft.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das ist Blockade der Windkraft. So kann es in Bayern nicht mehr weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Jetzt spricht der Kollege Dr. Fabian Mehring für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber für meine Begriffe führt diese Generaldebatte am heutigen Vormittag, für die ich den Kollegen unseres Koalitionspartners von der CSU sehr herzlich danke, insbesondere zwei Befunde eindrucksvoll vor Augen. Erster Befund: Ja, es scheint wieder eine Art politischer Systemkonkurrenz in unserer Heimat zu geben. Das ist gewissermaßen die betrübliche Diagnose an dieser Stelle.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Die Ampel-Fraktionen haben etwas gänzlich anderes mit unserem Land und seinen Menschen, mit unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft vor als unsere Bayernkoalition.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt an dieser Stelle auch Good News: Ja, es gibt eine allerletzte und bürgerlich-liberale Phalanx, ein bürgerlich-liberales Gegenmodell zum Berliner Ampel-Chaos.

(Zuruf von den GRÜNEN "Phalanx"!)

Das ist die Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das Erfolgsrezept für Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

In dieser politischen Systemkonkurrenz prallen in der Tat grundständig und fundamental verschiedene Politikmodelle, unterschiedliche Gesellschaftsmodelle aufeinander. Das müssen wir den Menschen auch sehr deutlich ausbuchstabieren. Die Idee von FREIEN WÄHLERN und CSU, unser Politikmodell, steht für Heimat, steht für Hightech und steht, meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere für die Freiheit.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist Politik der Siebzigerjahre, was Sie hier machen!)

Der politische Dreiklang der Ampel lautet: verbieten, verzichten und umerziehen! – Das ist nicht unsere Vision für Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot-Grün und von dem, was von Gelb noch übrig ist, damit Sie mir nicht auch noch eine Bierzeltrede vorwerfen, erlauben Sie mir, das Ausgeführte inhaltlich ein bisschen zu unterfüttern. Meine sehr verehrten Damen und Herren der Ampel-Fraktionen, Sie kämpfen ja bei Weitem nicht nur gegen die Öl- und Gasheizungen, wie wir heute Nachmittag hören werden. Nein, meine Damen und Herren der Ampel-Fraktionen, Sie kämpfen gegen nahezu alles, was unser Bayern ausmacht und stark macht.

Sie kämpfen gegen das Autoland Bayern, an dem im Freistaat jeder vierte Arbeitsplatz hängt. Sie kämpfen nahezu täglich gegen das Agrarland Bayern, gegen unsere bayeerische familiengeführte Landwirtschaft, an der in Bayern jeder siebte Arbeitsplatz

hängt. Sie kämpfen gegen das Fliegen und damit gegen den Luftfahrtstandort Bayern, der am Ende des Tages Ihre Anhänger nach Bali bringt, nachdem die bayerische Polizei den Kleber an der Straße gelöst hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Ampel-Fraktionen, Sie kämpfen gegen das Waldland Bayern, indem Sie stilllegen statt nutzen wollen, indem Sie Brennholz verbieten wollen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie kämpfen mit Ihrer Krankenhausreform, die ein Frontalangriff auf den ländlichen Raum ist, gegen die Gesundheitsversorgung der Menschen im ländlichen Raum. Sie kämpfen mit Ihren Plänen zur Erbschaftsteuer gegen diejenigen, die den Karren in unserem Land ziehen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie meinen die Erben, die in ihrem Leben noch nichts geleistet haben!)

Sie kämpfen mit Ihren Überlegungen zur Waffenrechtsreform auch gegen die Traditionen und gegen die DNA dieses Landes, meine sehr verehrten Damen und Herren, indem Sie unsere bayerischen Schützen, indem Sie unsere bayerischen Jäger nicht als DNA Bayerns, sondern gewissermaßen als eine Art vorterroristische Vereinigung begreifen.

(Zuruf des Abgeordneten Paul Knoblach (GRÜNE) – Florian von Brunn (SPD): Jetzt streiten drei Parteien um die weiß-blauen Landler!)

– Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren der Ampel-Fraktionen, Ampel-Politik heißt Anti-Bayern-Politik. Ihre Politik ist ein Angriff auf die DNA der besonderen Le-

bensqualität in unserer Heimat. Das ist mit FREIEN WÄHLERN und CSU nicht zu machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren der Ampel in Bayern, ich sage es Ihnen noch deutlicher: Eine politische Partei, die die Bienen retten möchte, aber die Fliegen essen,

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

eine Bundesregierung, deren Landwirtschaftsminister vor den gesundheitlichen Gefahren

(Gisela Sengl (GRÜNE): Wir sind nicht im Bierzelt! Wir sind im Plenum!)

von Gummibärchen warnt, während der Gesundheitsminister der gleichen Bundesregierung durchs Land zieht und fürs Legalisieren von Cannabis wirbt, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Bundesregierung, eine solche Ampel-Konstellation hat jeden politischen Kompass verloren. Deshalb schütze Gott unser Bayernland vor diesem Ampel-Chaos in unserer Heimat!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Totalausfall der Ampel!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb diese Generaldebatte nutzen, Ihnen als bayerischen Vertretern der Ampel auch einen deutlichen Appell ins Stammbuch zu schreiben, der hoffentlich von München bis Berlin hallen wird: Dieses Politikmodell, das Sie für unsere Heimat vorschlagen, eine Art neuer Deutschlandbund, der darauf ausgerichtet ist, dass die fleißigen Menschen in Bayern den Wohlstand generieren und dass dann über den Länderfinanzausgleich, über die Ampel

(Zurufe: Oje!)

in ganz Deutschland die Umverteilung dessen stattfindet, was in Bayern erwirtschaftet worden ist – ein solches Politikmodell ist mit FREIEN WÄHLERN und CSU nicht zu machen!

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir sind die bürgerlich-liberale Phalanx gegen dieses Ampel-Chaos. Wir sind die bürgerlich-liberale Alternative zum Chaos, das Sie in Berlin stiften. An dieser Weggabe- lung muss Bayern deshalb bürgerlich-liberal abbiegen, damit Bayern ein Freistaat bleibt und kein Umerziehungs- und Zwangsstaat wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Martin Schöffel für die CSU-Fraktion.

Martin Schöffel (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Bäuerinnen und Bauern gerade im Freistaate Bayern ist diese grüne Ampel eine Katastrophe, weil die Bäuerinnen und Bauern seit Langem Opfer Ihrer ideologischen Politik sind. Seit die GRÜNEN in dieser Bundesregierung Verantwortung für Umwelt und Landwirtschaft tragen,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

nimmt der Wahnsinn erst richtig seinen Lauf, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Ich bin gespannt, wie lange die SPD – und vor allem auch die FDP – das überhaupt noch mitmachen. Bei der FDP galt mal: Lieber nicht regieren, als schlecht regieren. – Diesen Grundsatz haben Sie schon lange über Bord geworfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die GRÜNEN hauen jeden Tag einen raus.

(Florian von Brunn (SPD): Schlechteste Staatsregierung, die es jemals gab! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): 6 %, Herr von Brunn!)

Wenn ich bewerten muss, was die Bundesregierung unter Umbau der Landwirtschaft versteht, dann kann ich nur sagen: Das ist Agrarpolitik mit der Abrissbirne. Sie wollen bei der Tierhaltung zulasten der bäuerlichen Betriebe eine massive Reduzierung. Sie entwickeln Förderprogramme, die als Anreize daherkommen, aber diese Anreize sind nur vorgetäuscht; denn das, was da an Vorstellungen dahintersteht, bedeutet weder Planungssicherheit für die Bauern – Sie stellen jeden Tag was anderes in den Vordergrund – noch gibt es wirtschaftliche Perspektiven für diese Vorstellungen, die Sie haben. Diese Programme können deswegen gar nicht angenommen werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind für die Bauern ein Hohn.

Sie bevorzugen die ausländische Ware und benachteiligen die inländische Ware mit der gesetzlich vorgegebenen Haltungskennzeichnung. Am Ende kommt das Ordnungsrecht knallhart daher, zum Beispiel mit der Veränderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, die so auch nicht umgesetzt werden kann.

Das ist die typische grüne Doppelmoral: Bei der Ware aus dem Ausland haben wir weder Einfluss auf die Haltungsbedingungen noch auf die Qualität der Lebensmittel. Es kann doch nicht wahr sein, dass diese Bundesregierung bäuerliche Betriebe zum Aufhören zwingt

(Ruth Müller (SPD): Wer zwingt da jemanden?)

und dann im industriellen Maßstab Insekten für Nahrungsmittel produziert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht unser Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ähnliches passiert beim Ackerbau in Bezug auf Pflanzenschutzmittel. Das wird dazu führen, dass wir – das sagen auch die Folgenabschätzungen zum Green Deal – unsere Selbstversorgungsquote massiv nach unten fahren. In Europa Flächen stilllegen und Ware aus dem Ausland importieren – das ist der falsche Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben im weltweiten Wettbewerb die besten Produktionsbedingungen und sollten damit auch verantwortungsvoll umgehen, das heißt: produzieren statt stilllegen.

Wir wehren uns auch gegen diese dauernden Angriffe aufs Fleisch. Milch und Fleisch sind weltweit essenzielle Nahrungsmittel. 80 % der weltweit produzierten Biomasse kann nur durch den Wiederkäuer verwertet werden. Deshalb muss auch die CO₂-Bindung des Grünlands, übrigens auch des Maises – C4-Pflanze, bindet besonders viel Kohlenstoff auch in Trockensituationen – gegengerechnet werden. Ich sage deswegen ganz klar: Unsere Rinderhaltung ist ein Teil der Lebensmittelproduktion, ein Erhalt der Landwirtschaft und der Heimat und auch für den Klimaschutz sinnvoll.

Deswegen tun wir für die Tierhaltung so viel: eine eigene bayerische Herkunftskennzeichnung – "Geprüfte Qualität Bayern" –, was den Bauern wirklich Geld bringt;

(Florian von Brunn (SPD): CSU – Partei für Rindviecher!)

ein eigenes Tierwohlprogramm; eine Investitionsförderung; Gebührensenkungen; Beratung und Selbsthilfe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Auch ein großes Thema: der Wald. Wir brauchen einen aktiven Waldumbau, um den Wald in diesen Zeiten zu schützen und Klimaschutz voranzutreiben. Wir haben nach meiner Auffassung auch das beste Waldförderprogramm, das es in Deutschland gibt. Die Waldbauern haben ein Recht darauf, einen Teil aus der CO₂-Abgabe des Bundes zu bekommen; denn sie sind diejenigen, die einerseits Opfer des Klimawandels sind,

andererseits auch den besten Klimaschutz betreiben, weil der Wald in großem Maße CO₂ binden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass diese Ampel jetzt das Förderprogramm "Klimaangepasstes Waldmanagement" vorlegt, das die Waldbauern am Ende nicht annehmen können, weil es mit 10, 12 Auflagen behaftet ist, ist ein Skandal. Wenn da drinsteht, dass man bei jedem Holzeinschlag 10 % der Holzmenge im Wald liegen lassen soll und das dort verfaulen soll, CO₂ freigesetzt wird, wenn die Stilllegung darin vorgesehen ist, dann ist das der völlig falsche Weg, ein Hohn für die Waldbauern.

Wir stehen zu unseren Waldbauern, zu unseren Bäuerinnen und Bauern. Wir tun alles dafür, dass sie ihren Dienst für unser Land, vor allem auch für eine gute Nahrungsmittelversorgung und für den Klimaschutz auch weiterhin tun können; denn die Waldbauern und die Bauern sind die Einzigen, die CO₂ binden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Nächster Redner ist der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback für die CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stümpfig, bei dieser scharfen Debatte geht es nicht um Panikmache,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Um Stammtisch geht es!)

sondern es geht um die Sorge um unseren Freistaat Bayern und unsere Art zu leben. Es gilt: Leben und leben lassen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Dann lebt halt, wie ihr wollt!)

Wir wollen, dass unsere und Ihre Kinder und Enkel in einem genauso freien, wohlstandsgeprägten und freiheitlichen Bayern leben können, wie wir das im Moment genießen.

(Florian von Brunn (SPD): Wir leben aber nicht alle auf die gleiche Art und Weise!
Ich lebe nicht wie Sie!)

Mit Blick auf Berlin müssen wir feststellen, dass Grundfragen dadurch zugedeckt werden, dass man mit Nebenkriegsschauplätzen arbeitet.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr arbeitet so!)

In Bayern gibt es zwei ganz elementare Dinge, die für unseren Wohlstand und für unsere Art zu leben maßgeblich sind. Das eine ist eine ausreichende Energieversorgung,

(Florian von Brunn (SPD): Windkraft und Stromleitungen wurden von der CSU verhindert!)

das andere sind die qualifizierten Menschen, die in Bayern ihr Auskommen finden. Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie einmal auf die wirtschaftlichen Statistiken schauen würden, dann würden Sie feststellen, dass heute beides in Gefahr ist.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): In Bayern vielleicht!)

– Herr Stümpfig, von 2020 ausgehend brauchen wir deutschlandweit 3.000 Terawattstunden des Gesamtenergiebedarfs für Mobilität, Wärme usw. 3.000 Terawattstunden müssen bis 2045 ersetzt werden. Was tun Sie in Berlin? – Sie erschweren die Biomasse, die jetzt schon die Hälfte der regenerativen Energie ausmacht; Sie erschweren das. Dabei ist das eine regenerative Energie, die grundlastfähig ist. Sie haben keinen Plan, wie es weitergehen soll.

Bayern tut, was es tun kann. Wir fördern die Biomasse und die anderen regenerativen Energien.

(Florian von Brunn (SPD): Wahnsinn! – Katharina Schulze (GRÜNE): Wind nicht!
– Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Der Zuwachs an regenerativer Energie in Bayern ist besser als in anderen Ländern.

(Unruhe)

Wir gehen es an, aber wir können das Ruder nicht alleine herumreißen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Dann blockiert wenigstens einmal nicht! – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

In Berlin tun Sie nichts, Kollegen! Sie tun nichts dafür, dass wir eine Chance haben, hier weiterzukommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Lächerlich!)

Dann kommen wir zur Frage der Fachkräfteeinwanderung. Der Bayerische Ministerpräsident war jetzt auf dem Balkan und versucht im Rahmen dessen, was Bayern leisten kann, qualifizierte Menschen für viele Bereiche in Bayern zu gewinnen. Und was machen Sie in Berlin? – In Berlin wird nichts gegen den Fachkräftemangel getan.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wogegen?)

Es wird nichts gegen die unregelmäßige Zuwanderung Unqualifizierter in unser Land getan. Das geschieht in einer Weise, wie wir es seit Langem nicht mehr erlebt haben.

(Florian von Brunn (SPD): Sie meinen die Menschen, die aus der Ukraine vor Krieg flüchten?)

Aber was tun Sie für die qualifizierte Zuwanderung, Kolleginnen und Kollegen?

(Florian von Brunn (SPD): Das ist peinlich und beschämend!)

Kolleginnen und Kollegen, ich habe es selbst in mehreren Fällen erlebt. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass Frauen, die für eine Ausbildung im Pflegebereich gewonnen wurden und schon einen Platz in einer Pflegeschule hatten, nach Deutschland kom-

men können. Ich habe nachfragt, und dann hieß es vom Pflegedienst, die Ausländerverwaltung spiele nicht mit. Wissen Sie, woran es gelegen hat? – Es lag wie in vielen anderen Fällen am Auswärtigen Amt. Es lag an den Konsulaten und den Botschaften, bei denen die Voraussetzungen für eine qualifizierte Einwanderung nicht rechtzeitig geschaffen werden können.

(Widerspruch der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Ihre Außenministerin von den GRÜNEN schwadroniert über feministische Außenpolitik, aber sie versagt komplett bei dem, was für Deutschland wichtig ist: qualifizierte Kräfte nach Deutschland zu holen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Auswärtige Amt schafft es nicht, Konsulate und Botschaften hinreichend auszustatten, damit die Leute auch eine Chance haben, über den legalen Weg qualifizierter Einwanderung hierherzukommen. Um darüber hinwegzutäuschen, brechen Sie eine absolut verquere und verfehlte Debatte über Staatsangehörigkeit vom Zaun. Lösen Sie lieber die Aufgaben, die Sie zu lösen haben,

(Ruth Müller (SPD): Das gilt auch für die CSU!)

damit wir in zehn, zwanzig und dreißig Jahren noch so gut leben können, wie wir es jetzt tun! Geben Sie den qualifizierten Menschen, die hierherkommen und uns unterstützen wollen, eine Chance, und tun Sie endlich etwas dagegen, dass grüne Landräte hier aufschreien und sagen müssen, sie schafften die unregelte Migration nicht, bei der ganz viele ohne Qualifikation hierherkommen.

Wir wollen auch diesen Menschen eine Chance geben, aber wir werden es so nicht leisten können. Tun Sie etwas, damit wir die Kernaufgaben – Energieversorgung und Fachkräfteeinwanderung in vielen Bereichen – auch für Bayern lösen können. Wir tun, was wir können, aber in Berlin muss eben auch etwas geschehen, und das geschieht nicht.

Viel wichtiger als die Frage, ob wir in Berlin in der Opposition angekommen sind, ist doch die Feststellung, dass Sie es in Berlin nicht schaffen, dass Sie nicht in der Regierung angekommen sind und auch nicht ankommen werden, weil Sie es einfach nicht können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Sie stellen doch seit Jahrzehnten die schlechteste Staatsregierung, die nichts tut! – Katharina Schulze (GRÜNE): Nach sechzehn Jahren Unionsregierung müssen wir die alten Baustellen erst einmal aufarbeiten!)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend spricht die Staatsministerin Michaela Kaniber.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Berlin regiert eine Bundesregierung, die mehr und mehr ihr wahres Gesicht zeigt: das Gesicht einer ökosozialistischen Planwirtschaft,

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Oh! – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

einer maximalen Umerziehungskultur und auch ein Gesicht des grundsätzlichen Misstrauens in das Selbstbestimmungsvermögen unserer Menschen.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie die Memoiren von Trump gelesen? – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

In dieser Regierung haben sich tatsächlich Parteien zusammengetan, die programmatisch eigentlich gar nicht zusammenpassen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Fällt euch nichts anderes mehr ein? – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Es zeigt sich auch immer deutlicher: Die GRÜNEN hoffen auf Umsetzung ihrer planwirtschaftlichen Agenda; die SPD versucht, neben ihren Vorstellungen von sozialer Gleichmacherei tatsächlich alles durchzubringen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie meinen wohl den Mindestlohn! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was für ein Benehmen!)

Keine dieser beiden Parteien hinterfragt, wer das alles eines Tages bezahlen soll.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von Rot-Grün habe ich, ehrlich gesagt, überhaupt nichts anderes erwartet. Aber dass die FDP all diese Spielchen mitträgt

(Alexander König (CSU): Das ist wirklich traurig! Das schmerzt!)

und frisch gemachte Schulden als Sondervermögen deklariert, sind wirklich schöne Trickereien. Lieber Herr Hagen, das ist bodenlos.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

Lieber Herr Hagen, 2017 haben Sie gesagt: Lieber nicht regieren, als schlecht regieren. – Das hätten ihr diesmal besser auch gesagt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das sollten Sie auch beherzigen! – Florian von Brunn (SPD): Sie regieren jeden Tag schlecht!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Es ist beängstigend, in welcher Geschwindigkeit durch kurzfristige Verbote bei Öl- und Gasheizungen – wir haben es heute schon gehört – nicht nur Druck auf die Menschen im Land, sondern auch auf die gesamten Branchen und Bereichen entsteht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ganz genau!)

Wer zeitgleich die Potenziale von Biogas ignoriert und sagt, die Grund- und Spitzenlastfähigkeit brauche man gar nicht, weil man ideologisch getragen immer wieder die Tank-oder-Teller-Diskussion führt, der geht wahrlich an den Fakten vorbei. Herr Mehring hat es schon ausdrücklich gesagt; genauso möchte ich sagen: Wer im Jahr 2022 Gas, aber auch Atomkraft als nachhaltig einstuft, gleichzeitig aber versucht, Holz als nicht mehr erneuerbar einzustufen und ausschleichen zu lassen, unternimmt genauso einen Maximalangriff auf unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer und wird auch dem Waldumbau nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Weil ihr das in Brüssel beschlossen habt! – Wolfgang Fackler (CSU): Ihr habt es beschlossen! – Toni Schuberl (GRÜNE): Die CSU hat Atomkraft und Gas zugestimmt! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Unmöglich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der nächste Sargnagel wird natürlich das Verbot der Verbrennungsmotoren sein.

(Unruhe)

Das ist ein Angriff auf einen der größten Wirtschaftsfaktoren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, womit sollen wir denn in Zukunft herumfahren? Etwa mit einem Auto wie von Fred Feuerstein? – Seien Sie mir bitte nicht böse!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind so viele Verbote in der Auflistung, dass wir gar nicht mehr hinterherkommen. Was diese Bundesregierung unter dem Deckmantel der grünen Transformation benennt, ist im Grunde etwas ganz anderes; auch das sage ich Ihnen: Es geht um eine knallharte Deindustrialisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Sie kommen damit tatsächlich Ihren grünen Träumen hinterher.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Katharina Schulze (GRÜNE): Dass Ihnen nicht peinlich ist, das immer wieder zu sagen! – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD – Alexander König (CSU): Die GRÜNEN machen uns kaputt! – Tobias Reiß (CSU): Zurück in die Steinzeit! – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen auf allen Seiten, ich muss jetzt einmal kurz für Ruhe sorgen. Noch einmal: Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen – –

(Florian von Brunn (SPD): Es kann nicht sein, dass eine Ministerin Fake News verbreitet!)

– Herr von Brunn!

(Tobias Reiß (CSU): Zurück in die Steinzeit! – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Wenn man die Rednerin nicht mehr hören kann, dann ist es etwas schwierig, der Debatte zu folgen. Deshalb bitte ich alle Seiten um Ruhe.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Herr von Brunn, man sieht, wie weit Sie von der Realität weg sind. Sprechen Sie mit den Menschen und vor allem mit den Unternehmerinnen und Unternehmern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Regieren Sie endlich einmal gescheit!)

Ich war erst am Montag in einem Unternehmen; alle verlagern ins Ausland. Sie bekommen tatsächlich die Dekarbonisierung hin. Dekarbonisierung ist ja Ihr grüner Traum. Dem werden Sie jetzt gerecht,

(Zurufe von den GRÜNEN)

und das vermutlich in einer Geschwindigkeit, die Sie sich selbst nie hätten träumen lassen.

Wir werfen Ihnen aber besonders vor,

(Florian von Brunn (SPD): Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür!)

dass Sie ohne Rücksicht auf spezifische bayerische Besonderheiten und Interessen einfach dem zujubeln, was Ihre Ampel in Berlin macht. Natürlich: Sie haben keinen Einfluss dort. Sie haben dort keinen einzigen Minister. Das ist leider wirklich zum Nachteil Bayerns. Aber es ist Ihre bornierte Haltung, die Laufzeit der Atomkraftwerke nicht noch mal zu verlängern. Sie richten damit einen maximalen Schaden an, nicht nur an unserer Bevölkerung, sondern vor allem auch an einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort Bayern und Deutschland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Völlig falsch!)

Und es ist tatsächlich so: Die Welt schaut verwirrt auf uns, um nicht zu sagen, dass andere europäische Mitgliedstaaten sich lustig machen über diese Bundesregierung.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Sie machen sich lächerlich!)

Mit jedem Unternehmen, das seine Tore schließt oder dies ankündigt, etwa weil ihnen die Energie hier zu teuer wird, merkt unsere Bevölkerung, was diese rot-grün-gelbe Planwirtschaft in Berlin für sie in Wirklichkeit bedeutet, nämlich Verlust an Innovationskraft, Verlust an Wohlstand und Sicherheit. Genau das passiert mit einem eigenartigen grün-roten Moralismus.

(Alexander König (CSU): Jawohl!)

Wenn ich noch kurz einiges zur Landwirtschaft sagen darf: Da besteht dieselbe Zwangsglocke in verschiedenen Bereichen: der Zwang, tatsächlich Flächen stillzulegen; der Zwang, Tiere abzustocken. Vor allem die vegane Ernährung wird ja regel-

recht zu einer Glaubensfrage stilisiert. Darüber hinaus gibt es jetzt dann das Werbeverbot für Süßigkeiten. Mit derselben Intention und Kraft wird aber die Legalisierung von Drogen vorangetrieben. In Zukunft werden unsere Drogenkommissare dann Zuckerkommissare sein.

(Karl Freller (CSU): So ist es!)

Es ist wirklich geradezu lächerlich, was Sie hier betreiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Kurs dieser Bundesregierung führt dazu, dass wir nicht nur energiepolitisch und wirtschaftspolitisch,

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben doch die Energiepolitik in Bayern komplett an die Wand gefahren!)

sondern auch agrarpolitisch wirklich zurückfallen. Das kann nicht sein! Ich kann es Ihnen nur sagen.

Die Flächenstilllegungen sind ein riesengroßes Thema. Wer im 21. Jahrhundert glaubt, dass wir darauf nicht mehr setzen dürfen? – Keine Notenbank der Welt wird uns solche Flächen vermehren. Man kann vielleicht Geld vermehren, aber nicht die Flächen. Stilllegungen sind da im Übrigen genau das falsche Mittel. Flächen sollen Ertrag bringen. Sie sollen uns beste Lebensmittel geben und natürlich auch Rohstoffe. Das gilt im 21. Jahrhundert, auch angesichts der Tatsache, dass wir jetzt in der Ukraine-Krise gesehen haben, was das Thema Ernährungssouveränität bedeutet. China und Russland haben sich längst darauf verständigt, die Eigenversorgung ihrer Menschen aufrechtzuerhalten. Das hat Deutschland immer noch nicht erkannt.

Deswegen sage ich: Stilllegung von Flächen sind kein probates Mittel, das sind auch nicht, mit Verlaub, die Betriebsaufgaben, die damit zusammenhängen – nein –, son-

dern das sind Produktion und Umweltleistung in einem. Dass das funktioniert, zeigen wir in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben aktuell geschätzt 50.000 Anträge mit 172 Millionen Euro bei der Neu-Antragsstellung 2023. Das beweist: Bayerns Bauern können tatsächlich die Urproduktion von besten Lebensmitteln. Sie können erneuerbare Energien, sie können Umwelt-, aber auch Klimaschutz leisten, und sie sind vor allem bestens ausgebildet. Ein bisschen mehr Vertrauen in diese Branche wäre auch angebracht, weil unsere bayrischen Bauern es eben können!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann das verstehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich kann das alles nachvollziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer vom Pazifisten zum Waffenlobbyisten wird, wer Kohlekraftwerke weiterlaufen lässt, dem bleibt nur noch ein Thema, um die grüne Wählerklientel und die grüne Seele zu streicheln. Dann muss man sich nämlich an der Landwirtschaft abarbeiten.

Das Thema Nutztierhaltung hat ein großes Potenzial. Was aber diese Bundesregierung mit dem Umbau der Nutztierhaltung betreibt, ist wahrlich beängstigend. Sage und schreibe 71 Jahre würde der Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland dauern, wenn wir mit diesem Geld auskommen müssen, das uns diese Bundesregierung zur Verfügung stellt.

(Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Lieber Herr Hagen, es war die FDP, die der Bauernschaft alles versprochen hat. Sie haben kein einziges Versprechen gehalten!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das hat zur Folge – das sei tatsächlich an Sie gerichtet –: Es braucht 4 Milliarden Euro für den Umbau. Das haben wir immer festgelegt. Da sind Sie auch durchs Land getingelt.

Ich kann nur sagen: Diese Bundesregierung vernichtet regelrecht eine unglaubliche Anzahl an Existenzen in der Landwirtschaft. Sie verlagern tatsächlich die Fleischproduktion ins Ausland und importieren damit negative Klimaeffekte und auch Tierleid nach Deutschland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Umerziehungswahn nimmt kein Ende. Das gilt genauso für das Fleischbashing. Insekten scheinen ja als Nahrungsmittel mittlerweile ein neues Statussymbol der GRÜNEN zu sein. Meine Kritik, dass Sie den Menschen im Land oder auf dem Land ein gutes Stück Fleisch madig machen wollen, bekommt da gleich eine neue Bedeutung.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe kein Verständnis mehr für die ewige vegane Propaganda, die Sie hier betreiben; denn nicht ohne guten Grund sagt man Kindern, Jugendlichen, stillenden oder schwangeren Frauen, aber auch älteren Herrschaften: Bitte ernähren Sie sich nicht vegan, weil der Körper natürlich Proteine und tierische Eiweiße braucht!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Natürlich kann man das mit Nahrungsergänzungsmitteln machen. Aber das ist wieder eine andere Thematik. Wir stehen in Bayern für tatsächliche Offenheit.

(Heiterkeit des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Wir wollen eine ausgewogene Ernährung.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Jeder soll sich so ernähren, wie er will!)

Wenn Sie es noch nicht verstanden haben sollten: Wir brauchen auch die Nutztierhaltung – das ist vorher deutlich gesagt worden – für eine starke Kreislaufwirtschaft. Wir brauchen sie für unsere Kulturlandschaft; denn der stärkste Veganer wird es nicht schaffen, Gras zu verdauen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum Schluss: Mittlerweile wissen Bayerns Bauern, was sie an dieser Bundesregierung haben. Vielleicht wissen sie viel besser, was sie daran nicht haben. Deswegen gehen wir in Bayern unseren Weg und sagen: Wir unterstützen Tierwohl. Wir unterstützen Agrarumweltmaßnahmen. Wir fördern den ökologischen Landbau und schauen darauf, dass die Mehrgefahrenversicherungen kommen. Das ist das Entscheidende.

Aber die Bildung an den Schulen und die Bildung unserer Kinder sind das entscheidende Momentum dafür, hier tatsächlich voranzukommen. Diese Ampel spricht den Menschen den gesunden Menschenverstand ab. Diese Bundesregierung verändert nicht nur das Gesicht, sondern auch das Wesen Deutschlands. Berlin ist keine Blaupause für Bayern, aber Bayern für Berlin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

(Ruth Müller (SPD): Gott sei Dank!)